

Implosion einer Partei

Die Krise der CDU ist auch die Verweigerung eines echten politischen Pluralismus

Dieter Stein

Die Autorität der CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer implodierte nicht von heute auf morgen, sie erodierte über Monate. Gefangen im Kabinett konnte sie sich nie aus dem Schatten der ewigen Kanzlerin lösen. Den Todesstoß versetzte Merkel ihrer Nachfolgerin in der vergangenen Woche, als sie vom fernen Südafrika an ihr vorbei in die thüringische Landespolitik eingriff. Die demokratische Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich statt des Linken Bodo Ramelow sei ein „unverzeihlicher“ Vorgang, er müsse sofort „rückgängig“ gemacht werden. Hackenschlagend parierten noch einmal die Parteisoldaten. Der Ostbeauftragte Christian Hirte flog wegen eines Gratulations-Tweets aus dem Amt, alle anderen, die über die Wahl Kemmerichs gejubelt hatten, mußten öffentlich stalinistische Selbstkritik üben, um sich zu rehabilitieren.

Wie in Trance steuert Merkel ihre Partei weiter auf den Untergang zu, statt endlich den Weg frei zu machen. Mit ihren Rechtsbrüchen im Zuge der Euro-Rettung und der Grenzöffnung 2015 erschütterte sie die Legitimität der politischen Ordnung in ihren Grundfesten. Ihre Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“ entkernte die Volkspartei CDU zu einer amorphen Hülle.

Jene Demobilisierung, faktisch eine pure Kapitulation vor dem Zeitgeist, zementierte die linke politische Lufthoheit in der Öffentlichkeit, statt sie zu attackieren, etablierte ein lähmendes Klima der Debattenverweigerung und riß bei der CDU eine riesige rechte Flanke auf.

Die von den Adenauer-Haus-Strategen nicht ansatzweise in Frage gestellte intellektuelle linke Dominanz diente als Ausrede für einen zynischen Opportunismus, der als kluge Modernisierung verbrämt wurde, um sich immer weiter nach der linken Decke zu strecken: die Wehrpflicht zu beerdigen, aus der Atomkraft auszusteigen, eine zügellose Einwanderungspolitik mitzutragen, das Bildungssystem zu zerstören, Homo-Ehe und Genderpolitik durchzuwinken und die Klimahysterie mitzutragen. Ziel: Machterhalt um jeden Preis.

Zur Wahrheit gehört, daß die Merkel-CDU bei ihrer Linksdrift mit keinem ernstem Gegendruck aus bürgerlichen Medien und gesellschaftlichen Gruppen rechnen mußte. Appeasement gegenüber der Linken gehörte im etablierten Bürgertum nach 1968 zum guten Ton. Verachtung und Hohn schlug statt dessen der schwindenden Zahl der Konservativen innerhalb der CDU entgegen. Aktuell bekommt dies die innerparteiliche

Basisbewegung „Werte-Union“ zu spüren, deren Mitglieder mit Ausschluß bedroht werden.

Die AfD ist also nicht vom Himmel gefallen, Angela Merkel ist die Mutter der AfD, die Partei genuin Spaltprodukt einer nach links driftenden CDU und einer FDP, die zu feige war, wenigstens in der Euro-Frage in die Lücke zu springen. Nicht zufällig waren viele der AfD-Gründungsmitglieder vorher in Union und FDP. Es hat zwar immer schon eine Repräsentationslücke im Parteiensystem rechts der Union gegeben. Doch erst Merkels Linkstrend öffnete das Feld so weit, daß die AfD seit ihrer Gründung 2013 dieses Vakuum in einem sagenhaften Tempo ausfüllen konnte.

Statt die AfD billig als Reinkarnation rechtsradikaler Parteien zu dämonisieren, sollte endlich offen darüber geredet werden, welche rationalen Gründe dazu führen, daß bis zu einem Viertel der Bürger AfD wählen und welche inhaltlichen Defizite bei den anderen Parteien dafür verantwortlich sind. In ihrer Orientierungslosigkeit schließt sich die Union statt dessen einem volksfrontartigen Allparteienbündnis gegen die AfD an. Sie wirft sich damit nicht nur den Grünen, sondern sogar der postkommunistischen Linkspartei in die Arme. Und unterwirft sich dem von der DDR geprägten kommunistischen „Antifaschismus“ anstelle des Antitotalitarismus.

Das Geschrei über den „Dambruch“ in Thüringen, über die angebliche Unverschämtheit der Fraktionen von CDU und FDP, es unter Einschluß der AfD-Stimmen zu wagen, einen bürgerlichen Kandidaten gegen den der Linken durchzusetzen – das unhistorische Gerede über „Nazi“- und „Faschisten“-Gefahr: Es lenkt ab vom eigentlichen Problem. Es geht um die Grundfrage, ob endlich als selbstverständlich akzeptiert wird, daß wir nach einer immer stärkeren Einengung des Meinungskorridors wieder einen breiten demokratischen, auch parlamentarisch widergespiegelten politischen Pluralismus ermöglichen.

Wenn die etablierten Parteien sich weigern, einen gewissen inneren Pluralismus zuzulassen, dann müssen sie damit leben, daß sich die nicht repräsentierten Bürgerinteressen woanders neu formieren. Dies geschah auf der Linken mit Grünen und PDS/Linke und nun auf dem konservativ-rechten Flügel mit der AfD.

An normalem Umgang mit der AfD wird für Union und FDP kein Weg vorbeiführen, wenn diese sich nicht dauerhaft in Geiselhaft der Linken begeben und schließlich überflüssig machen wollen. Die AfD wiederum muß verhindern, daß bei ihr aus Trotz unter dem repressiven Druck noch stärker jene das Bild bestimmen, die erst Anlässe schaffen, die Partei als rechtsradikale Chaos-Truppe erfolgreich zu dämonisieren.

Demokratische Frischluft anstatt stickigem Konsenszwang ist dringend nötig: Dialog und Kontroverse im öffentlichen Raum müssen endlich wieder akzeptiert und gelebt werden. Wie schnell indes linker Straßenterror gegen Abweichler entfesselt wird, erlebte Interims-Ministerpräsident Kemmerich von der FDP und viele seiner

Parteifreunde, die über Nacht wie AfD-Politiker als „Nazis“ und „Faschisten“ beschimpft – und damit für vogelfrei erklärt wurden.

Das ist der eigentliche Dambruch, wie stillschweigend tonangebende Medien und Politiker den gewalttätigen Mob gewähren lassen, der oppositionelle Politiker bis ins soziale Umfeld terrorisiert und, wie im Fall der AfD, ihre Veranstaltungen und Parteitage unterbindet. Hier wird tatsächlich die demokratische Ordnung zerstört.

Zerklüftete Landschaften

Thüringen: Die politischen Verhältnisse in Deutschland sind ins Wanken geraten

Werner J. Patzelt

Im Erfurter Drama verknüpfen sich viele Handlungsstränge. Sie führen zu bundesweiten Herausforderungen deutscher Innenpolitik. Deshalb wurden von Erfurt aus die politischen Verhältnisse ganz Deutschlands ins Wanken gebracht. Dahin ist die Autorität einer Bundeskanzlerin, die wider alle Amtskompetenz verlangte, das Ergebnis einer geheimen Abstimmung von Landtagsabgeordneten „rückgängig“ zu machen. Und dahin ist Kramp-Karrenbauers Zukunft als CDU-Bundesvorsitzende und Kanzlerkandidatin nach ihrem Versuch, Parteibeschlüsse gegen das freie Mandat von Abgeordneten durchzusetzen.

Erstens erkennen wir, daß Teile unseres politischen Personals in einer Liga spielen, die ihr persönliches Niveau überfordert. Denn entweder begreift man als CDU und FDP in Thüringen, daß ein verabredetes Zusammenwirken mit der AfD zum Zweck der Verhinderung eines populären Ministerpräsidenten der Linken ein medial und politisch durchgesetztes Tabu deutscher Politik bricht, also gar nicht anders kann, als eine politische Großkrise auszulösen.

Dann muß man, falls bewußt auf eine solche Krise zugesteuert wurde, nach deren Einsetzen beim vorbedachten Plan bleiben und darf nicht davonlaufen, nur weil der zu erwartende Sturm ausbricht.

Oder es ging gar nicht um Grundsätzliches, sondern man wollte durch sein Abstimmungsverhalten nur Bodo Ramelow's Minderheitskoalition ärgern. Dann aber hätten CDU und FDP ausreichend viele Stimmenthaltungen sicherstellen müssen, damit aus dem Spiel gerade kein Ernst würde. Das freilich unterblieb. Wenn es also nicht um einen strategisch gewollten und dann nicht durchgehaltenen Tabubruch ging, dann haben Kinder gezündelt – und waren erschrocken, als echter Sprengstoff hochging.

Zweitens handelt das Erfurter Lehrstück vom zentralen Gebot deutscher Innenpolitik: „Nie darf eine nicht-linke Parlamentsmehrheit gegen die Linke verwendet werden, falls diese Mehrheit die AfD einschließt!“ Seit freilich, vorangetrieben unter Mediendruck, die sozialdemokratisierende Vergrünung der CDU zunächst den Aufstieg und dann die Verfestigung der AfD ermöglicht hat, ist Deutschland rechts der Mitte zwischen zwei politisch ins Gewicht fallenden Parteien aufgespalten.

Das heißt für die CDU: Sofern sie nicht – mittlerweile auszuschließen – eine absolute Mehrheit erringt oder – selten genug – mit FDP oder Freien Wählern eine politisch bequeme Mehrheitskoalition bilden kann, hat die Union mit Grünen und Sozialdemokraten zusammenzugehen oder eine Minderheitsregierung ihrer Rivalen zu unterstützen. Also verheißt das Erfurter Lehrstück: Linke, Sozialdemokraten und Grüne werden fortan Deutschland wohl immer regieren oder mitregieren, während eine klare Politik rechts der Mitte auf absehbare Zeit ausgeschlossen ist. Das aber wird die AfD zu Lasten der CDU weiter stärken.

Die Folge dessen werden – drittens – in Deutschlands verfestigtem Sechs-Parteien-System dauerhafte innenpolitische Feindseligkeiten sein. Anders als einst die Grünen und die PDS wird nämlich die AfD auf absehbare Zeit nicht als Mitspielerin akzeptiert werden. Eine tiefe Kluft wurde vielmehr geschaffen von Politikern, Medien und Zivilgesellschaft zwischen der AfD als sozusagen „fraglos faschistischer“ Partei sowie den übrigen, den „anständigen“ Parteien.

Am Rand dieser Kluft zerreißt es nun die CDU. Ausgerechnet die den alten CDU-Idealen in Jesuitentreue ergebene Werteunion wird als der im Inneren der Partei wühlende, böse Feind behandelt. Anscheinend hofft eine Mehrheit in der Union, vor allem durch die Herabsetzung von Konservativen oder von Leuten rechts der Mitte würde sie der CDU nutzen.

Mancher versteigt sich sogar zur Illusion, immer weniger Konservative und Leute rechts der Mitte würden ihr Wahlkreuz bei der AfD setzen, falls man ihnen nur scharf genug sagte: „Niemals wird die AfD politischen Einfluß ausüben, und also sind eure Stimmen für diese Partei verschenkt!“

Doch was, wenn – dank realem Koalitionsverhalten der Union – die Wahlparole der AfD verfängt, daß jede Stimme für die CDU unweigerlich eine Stimme für Grüne, Sozialdemokraten und Linke sei? Daß also die einzige Alternative zum allenthalben regierenden Allparteienbündnis die AfD wäre? – Dann erleidet die CDU das Verzweigungsschicksal der SPD.

Viertens zeigen sich nun die selbstschädigenden Folgen der Torheit jener Politiker, Mitglieder und Sympathisanten der AfD, die durch leichtfertiges Verwenden oder Bejubeln rechtsdemagogischer, auch rechtsradikaler Rede- und Denkweisen der AfD insgesamt den Ruf, ja in Teilen wohl gar die Haltung einer Partei beschert haben, die sich nicht nur gegen unsere politische Kultur, sondern auch gegen die Praxis unserer

Verfassungsordnung wendet sowie in geistiger Verwandtschaft zum deutschen Faschismus steht. Dieser Partei irgendwie nahe zu kommen, ist jetzt toxisch und politisch tödlich geworden.

Das wird zwar weder den Ex-CDUern in der AfD noch der Satzung oder den Programmschriften der AfD gerecht. Doch politisches Vertrauen muß praktisch erarbeitet, muß verdient werden. Diesbezüglich hat ausgerechnet der Thüringer Landesvorsitzende Björn Höcke seiner Partei mehr geschadet als genutzt. Eben das verurteilte eine in Erfurt womöglich gewollte Kooperation von CDU und FDP mit der AfD von vornherein zum Scheitern und machte ein unbeabsichtigtes Zusammenwirken zum politischen Super-Gau.

Prof. Dr. Werner J. Patzelt ist emeritierter Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft an der TU Dresden.

Liberté, Fraternité, Teilhabé

Sicherheitspolitik: Ein Vorstoß aus den Reihen der Union zum Thema atomare Bewaffnung der Bundeswehr sorgt beim Koalitionspartner für Empörung Peter Möller

Frankreich hat sie, Deutschland nicht: Atomwaffen. Doch geht es nach dem Willen des CDU-Politikers Johann Wadephul, könnte sich das schon bald ändern. Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion hat eine Beteiligung Deutschlands an der französischen Atomstreitmacht ins Gespräch gebracht und damit eine Diskussion angestoßen, die nicht nur innenpolitisch eine Menge Sprengstoff birgt.

„Wir müssen eine Zusammenarbeit mit Frankreich bei den Nuklearwaffen ins Auge fassen. Deutschland sollte bereit sein, sich mit eigenen Fähigkeiten und Mitteln an dieser nuklearen Abschreckung zu beteiligen“, sagte Wadephul Anfang Februar dem Tagesspiegel. Im Gegenzug, so sein Vorschlag, sollte Frankreich seine Atomwaffen unter ein gemeinsames Kommando der EU oder der Nato stellen. Er verwies darauf, daß Frankreichs Präsident Emmanuel Macron mehrfach dazu aufgefordert habe, mehr Europa zu wagen. „Er könnte nun zeigen, daß auch er dazu bereit ist. Ich mache mir keine Illusionen. Das wird seine Zeit brauchen. Aber die Debatte muß jetzt beginnen“, sagte Wadephul.

„Keine Beteiligung am Wettrüsten“

Das zumindest hat Abgeordnete aus Schleswig-Holstein tatsächlich erreicht. Die Reaktionen des Koalitionspartners SPD ließen nicht lange auf sich warten und waren unmißverständlich. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil sprach von einem gefährlichen und völlig abwegigen Vorschlag. „Der Kalte Krieg ist vorbei, auch wenn Teile der CDU das offenbar noch nicht mitbekommen haben“, sagte Klingbeil dem Tagesspiegel. „An einem nuklearen Wettrüsten werden wir uns nicht beteiligen, auch nicht mit den Franzosen zusammen.“ Atomwaffen brächten keine Sicherheit, sie schützten niemanden und sie lösten auch keine Konflikte. Statt in der Logik der Aufrüstung zu denken, „sollten wir vielmehr gemeinsam mit der EU, der UN und der Nato im Dialog und mit Diplomatie dafür sorgen, daß die zahlreichen Krisenherde weltweit nicht eskalieren“, bekräftigte Klingbeil.

Ein Blick nach Frankreich zeigt, daß es dieser wütenden parteipolitischen Reaktionen auf den Vorschlag Wadephuls gar nicht bedurft hätte. Denn in einer Grundsatzrede vor Offiziersanwärtern an der École de guerre in Paris stellte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in der vergangenen Woche klar, daß sein Land überhaupt nicht daran denke, die Entscheidungsgewalt über die Atomwaffen abzugeben oder zu teilen. Gleichwohl stellte er eine engere Zusammenarbeit der Verbündeten und gemeinsame Übungen mit den französischen Atomstreitkräften in Aussicht. Hierzu gehören nach Informationen der Süddeutschen Zeitung auch Überlegungen, das neue Kampfflugzeug für die deutsche Luftwaffe, das Berlin und Paris bis 2040 gemeinsam entwickeln wollen, auf französische anstatt auf amerikanische Atomsprengköpfe auszulegen.

Diese Möglichkeit hält auch der Direktor des Zentrums für Sicherheitsstudien am Französischen Institut für internationale Beziehungen, Corentin Brustlein für denkbar. Deutschland könnte mit Frankreich eine nukleare Teilhabe vereinbaren, wie sie bereits zwischen Berlin und Washington existiert, sagte er dem Tagesspiegel. Diese sieht vor, daß im Kriegsfall deutsche Tornado-Jagdbomber mit in Deutschland gelagerten amerikanischen Atomwaffen bestückt werden (JF 43/19). Eine weitergehende Zusammenarbeit hält Brustlein derzeit für ausgeschlossen. Es gebe in Frankreich „auf politischer Ebene keinerlei Bereitschaft, die Entscheidungsgewalt über den Einsatz von Atomwaffen zu teilen“, sagte er dem Blatt.

Dennoch dürfte das Thema auch bei der an diesem Freitag beginnenden Münchner Sicherheitskonferenz wie schon im vergangenen Jahr wieder eine Rolle spielen. Denn erstmals wird Frankreichs Präsident Macron auf dem hochrangigen Treffen eine Rede halten. Daß er dabei mit Blick auf die französischen Atomwaffen Zugeständnisse machen wird, glaubt der Leiter der Konferenz, Wolfgang Ischinger, indes nicht. Die in Deutschland kursierenden Vorstellungen, den französischen Nuklearschirm europäisieren zu können, sei abwegig. „Kein französischer Präsident wird sein Entscheidungsmonopol in der Frage abgeben“, sagte Ischinger dem Tagesspiegel.

In einer geschlossenen Anstalt

„Zivilisationsbruch“: Die Hysterie nach dem Wahlvorgang in Thüringen kennt kaum Grenzen

Thorsten Hinz

Aus sämtlichen Parteien, Medien und Körperschaften links der Mitte, also von der Linkspartei bis zur CSU, von taz bis FAZ, von der Landeskirche bis zum DGB, brauste nach der Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum thüringischen Ministerpräsidenten vergangene Woche ein einheitlicher Ruf wie Donnerhall durchs Land: „Politische Schande“, „Tabubruch“, „Dammbruch“, „Kulturbruch“. Höher ging's nimmer? Doch, es ging!

Auch der „Zivilisationsbruch“, der bis dahin für den Holocaust reserviert gewesen war, wurde bemüht. Kemmerich sei „ein Ministerpräsident der Faschisten“, tönte es. Der frustrierte Amtsvorgänger Bodo Ramelow, im Wahlkampf um bürgerlich-zivile, ja präsidiale Anmutung bemüht, fiel in die Rolle des antifaschistischen Rumpelstilzchens zurück und veröffentlichte auf Twitter ein Hitler-Zitat samt zweier Fotos: eines mit Hitler, der Reichspräsident Paul von Hindenburg die Hand schüttelt, und eins von dem thüringischen AfD-Chef Björn Höcke, der Kemmerich zur Wahl als Ministerpräsident gratuliert.

Der für Politik zuständige FAZ-Herausgeber machte sich die Deutung zwar nicht wortwörtlich zu eigen, doch sein grundsätzliches Einverständnis mit dem linken Wüterich war unverkennbar. Ramelows bisheriger Staatskanzlei-Chef hielt Kemmerich sogar vor, er sei „ein Ministerpräsident von Gnaden derjenigen (...), die Liberale, Bürgerliche, Linke und Millionen weitere in Buchenwald und anderswo ermordet haben“. Ein ZDF-Chefredakteur warf die Formulierung „Endstation Buchenwald“ in die Runde, offenbar in Unkenntnis darüber, daß Kommunisten das KZ Buchenwald nach 1945 weiterbetrieben und viele Tote zu verantworten haben.

Die hysterische Rede über Erfurt knüpft direkt an die Rede zum 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz an. Auf den zivilreligiösen Rosenkranz der in einfacher Sprache formulierten Warnungen und Lehren („Tätervolk! Kein Schlußstrich! Nie wieder!“) sind in diesem Jahr zwei neue Knospen gefädelt worden: „Tätersprache“ und „dasselbe Böse“. Das sind durchweg keine Begriffe, die für Erkenntnis und Klarheit sorgen und über die sich sinnvoll diskutieren ließe. Es sind affektive Wort-hülsen und magische Formeln, die jenen Anti-Nazi-Voodoo konstituieren, der nach der Wahl des armen FDP'lers erneut losgebrochen ist.

Der Schriftsteller Uwe Tellkamp hat kürzlich sein Wort vom „Gesinnungskorridor“ dahingehend korrigiert, daß es in Wahrheit nur noch „enge Wände“ gebe. Selbst diese Beschreibung klingt mittlerweile wie eine Beschönigung. Denn auch enge Wände lassen einen Zwischenraum, eine öffentliche Sphäre, die den Austausch konträrer An- und Einsichten ermöglicht, aus dem gemeinsames Handeln im Geiste der Pluralität erwächst.

Der sogenannte öffentliche Raum von heute gleicht vielmehr einer geschlossenen Anstalt. Eine Zeit lang vermag die darin herrschende Polyphonie einen gewissen Pluralismus vorzutäuschen. Bei genauem Hinhören vernimmt man jedoch einen mehrstimmigen Chor, dessen Mitglieder in unterschiedlichen Tonlagen durchweg denselben Irrsinn skandieren. Wer bei Verstand ist, dem bleibt nur der stille Rückzug.

Der Kollektivirrsinn übertrifft die Mechanik der von der Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann beschriebenen Schweigespirale bei weitem. In Noelle-Neumanns Modell verschweigen viele Menschen – die eventuell sogar die Mehrheit bilden – ihre wirkliche Meinung und machen sich politisch ohnmächtig, weil die Medien ihnen suggerieren, daß sie sich mit ihrer Einstellung hoffnungslos in der Minderheit befinden. Immerhin handelt es sich um einen begrenzten, durch rationales Kalkül motivierten Vorgang.

Der gegenwärtige Irrsinn ist hingegen Ausfluß einer langfristig angelegten Wahrnehmungs- und Urteilstrübung, in welche die Beteiligten sich wissentlich und willentlich hineingesteigert haben. Ein wichtiges Motiv ist das Bedürfnis, Zweifel an der Richtigkeit des eigenen Handelns zu unterdrücken. Das Gefühl und das Wissen, dabei einer Mehrheit – der Mehrheit der „Anständigen“ – anzugehören, entlastet von der Gewissensnot, die dem verdrängten Wissen um die Selbstlüge entspringt. Darüber hinaus dient die Verteufelung des Gegners der eigenen Sinnstiftung. So ist der auf dem Titelblatt des aktuellen Spiegel zum „Dämokrat“ stilisierte Björn Höcke eine Projektion, die ein politisch-mediales Sinnvakuum füllen soll.

In seinem 1932 erschienenen Buch „Der Massenwahn. Ursache und Heilung des Deutschenhasses“ beschrieb der Sozialpsychologe Kurt Baschwitz solche Erscheinungen als Folge von einschneidenden Ereignissen im inneren oder äußeren Staatsleben. Konkret ging es Baschwitz um die im Ausland grassierende Abneigung gegen die Deutschen, die mit dem Ende des Krieges 1918 kein Ende gefunden hatte. Der Friedensschluß von Versailles war ganz vom Geist des Krieges geprägt und Ausgangspunkt anhaltender Spannungen. Die Einsicht, falsch gehandelt zu haben, verletzte jedoch das Selbstbild der Siegermächten so sehr, daß sie an dem Wunsch festhielten, „glauben zu dürfen, daß das Opfer schuld, daß sie infolgedessen gerechtfertigt seien“.

Baschwitz wollte diese Konstellation, die ganz Europa gefährdete, aufbrechen helfen, indem er sie beschrieb. Kurz danach kam Hitler an die Macht, der nach dem Motto agierte: „Ist erst mal der Ruf ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert.“ Die NS-Verbrechen schienen sämtliche Feindpropaganda zu bestätigen. Anders als nach dem Ersten waren nach dem Zweiten Weltkrieg keine inneren Abwehrkräfte mehr vorhanden, so daß die negativen Kollektivzuschreibungen immer tiefer ins Zentrum der Selbstwahrnehmung eindringen konnten, wo sie zu der masochistischen Kollektivmoral geführt haben, die sich seit 2015 in der irrationalen Willkommenskultur abfeiert.

Die AfD als organisierte Form des Widerstand stellt deshalb neben der politischen vor allem eine existentielle Herausforderung dar. Der Versammlung der „Anständigen“ ergeht es wie dem Untersuchungsrichter im „Fremden“ von Camus, der durch die Einlassungen des Angeklagten Meursault eine Ahnung der eigenen absurden Existenz bekommt und losschreit: „Wollen sie, daß mein Leben keinen Sinn hat?“

Natürlich sind sich Politiker, Journalisten, Gewerkschafter, Kirchenvertreter im Klaren darüber, daß die AfD dem gefährlichen Bild, das sie von ihr zeichnen, überhaupt nicht entspricht. Sonst würden sie sich gemäß ihrer masochistischen Moral ganz anders verhalten: genauso samtpfötig, ängstlich und unterwürfig, wie sie sich gegenüber Islamisten oder dem Clan-Wesen geben. Was sie ihren mutigen „Kampf gegen Rechts“ nennen, ist praktizierter Sadismus als seelischer Ausgleich. Die wirkliche „Schande“, sie liegt hier!